

Sonderstatus wegen der Dürre: Flexiblere Wassergesetze für die Departements Pyrénées-Orientales und Aude

In der südfranzösischen Region Occitanie fordert Regions-Präsidentin Carole Delga ein dringendes Eingreifen des Staates: Sie fordert von Emmanuel Macron einen Sonderstatus für die Departements Pyrénées-Orientales und Aude, die seit über drei Jahren unter extremer Dürre leiden. Delgas Ziel? Ein deutlich flexiblerer Umgang mit Wassergesetzen, um den Bedürfnissen der örtlichen Landwirtschaft gerecht zu werden.

Wasser als Schlüssel zur Krisenbewältigung

Die Lage in der Region ist prekär. Die lokalen Landwirte stehen unter enormem Druck, denn die anhaltende Trockenheit bedroht Ernten und Viehhaltung gleichermaßen. Delga erklärt, dass es an der Zeit sei, die bestehenden Vorschriften anzupassen, da sie den Anforderungen der Krise nicht mehr gerecht werden. "Es besteht dringender Handlungsbedarf bei der Wiederverwendung von Wasser, der Errichtung von Stauseen in den Bergen oder auch neuen Pumptechniken", betont sie. Die aktuellen Regelungen seien nicht auf die Herausforderungen der Klimakrise ausgelegt und müssten modernisiert werden, um effizientere Lösungen zu ermöglichen.

Ein Jahr, aber keine Fortschritte

Was die Angelegenheit besonders frustrierend macht, ist die Tatsache, dass Carole Delga diese Forderung nicht zum ersten Mal stellt. Bereits vor einem Jahr, angesichts einer der historisch schlimmsten Dürren in den beiden betroffenen Departements, wandte sie sich an die Regierung. Doch bisher blieb eine Reaktion aus. Am 23. Oktober, während eines Besuchs in Bages im Département Aude, bekräftigte sie erneut ihre Position. In ihrer gewohnt direkten Art sagte sie: "Wissen Sie, was im Leben wichtig ist? Stur zu bleiben."

Ihre Hartnäckigkeit sei notwendig, denn sie glaubt fest daran, dass die Forderungen der Region an die Regierung in Paris gerechtfertigt sind. "Manchmal dauert es Jahre, um auf höchster Ebene des Staates etwas zu erreichen", fügte sie hinzu. Doch Delga scheint entschlossen, diesen langen Weg weiterzugehen - im Namen der betroffenen Landwirte und der gesamten Region.

Der Kampf um Wasser – eine Notwendigkeit für die Zukunft

Die Auswirkungen des Klimawandels machen es deutlich: Wassermanagement ist keine Frage der Zukunft, sondern eine der Gegenwart. In Regionen wie den Pyrénées-Orientales und Aude, wo die Dürre besonders stark zuschlägt, wird es immer schwieriger, die Balance zwischen Landwirtschaft, Ökologie und den Bedürfnissen der Bevölkerung zu finden. Die von Delga geforderten Maßnahmen – wie die Wiederverwendung von Wasser und der Bau von



Sonderstatus wegen der Dürre: Flexiblere Wassergesetze für die Departements Pyrénées-Orientales und Aude

kleinen Bergspeichern – könnten genau die Werkzeuge sein, die den Landwirten helfen, sich den veränderten klimatischen Bedingungen anzupassen.

Doch der Weg dorthin erfordert politische Entscheidungen und das Umdenken von Regularien, die in einer Zeit entstanden sind, als die aktuelle Klimakrise noch nicht absehbar war. Können diese Regelungen schnell genug angepasst werden, um den akuten Bedarf zu decken?

Ein hartnäckiger Kampf für die Landwirtschaft

Delga ist bekannt dafür, sich nicht so leicht von ihrem Kurs abbringen zu lassen. Ihre Forderungen nach flexibleren Wassergesetzen mögen auf den ersten Blick nach Bürokratie klingen, aber dahinter steckt ein tieferes Anliegen: Der Schutz der Landwirtschaft, einer der wirtschaftlichen Lebensadern der Region. Gerade in Zeiten, in denen Ernten vertrocknen und der Regen immer seltener wird, ist die Sicherstellung der Wasserverfügbarkeit ein Muss.

Was sie und die betroffenen Landwirte derzeit am meisten benötigen, ist ein klares Signal von der Regierung. Ein Signal, das zeigt, dass die Schwierigkeiten erkannt und ernst genommen werden – und dass die notwendigen Änderungen in der Wassergesetzgebung so schnell wie möglich umgesetzt werden.

Der Blick nach vorn

Während Delga weiterhin auf eine Antwort aus Paris wartet, bleibt die Region Okzitanien unter Druck. Die kommende Ernte hängt von Wasser ab – und von den politischen Entscheidungen, die in den nächsten Monaten getroffen werden. Die Frage ist nicht mehr, ob gehandelt werden muss, sondern wie schnell.